Sachverhaltsdarstellung

Mit Antrag vom 09.12.2015 der SPD, CSU, Bündnis 90/Die Grünen beehrten die Fraktionen, den Einsatz von Fairen Bällen an Nürnberger allgemeinbildenden Schulen einzuführen. Die Schulverwaltung beschäftigt sich seitdem wiederholt mit diesem Thema.

Ziel der heutigen Schulausschussbehandlung

Der Einsatz Fairer Bälle ist bislang gegenüber den Schulen (nur) als optionale Variante vorgestellt.

Angesichts der zurückliegenden Bewertungen, Anstrengungen sowie „übersichtlichen“ Resultate **empfiehlt die Verwaltung die Beschlussfassung zum verbindlichen Einsatz fair gehandelter Bälle an Nürnbergs allgemeinbildenden Schulen durch den Schulausschuss.**

Zusammenfassende Vorstellung der bisherigen Überlegungen zum Einsatz Fairer Bälle an Nürnberger Schulen

In der **Schulausschuss-Sitzung am 15.07.2016** wurde diese Einsatzmöglichkeit geprüft. Die erste Einschätzung ergab, dass ein städtischer Rahmenvertrag für fair gehandelte Bälle analog dem Münchner Modell zunächst auf Grund geringer Mengen und niedriger Stückpreise nicht in Betracht kommt. Dem Schulausschuss wurde daher der Beschlussvorschlag unterbreitet, in einem ersten Schritt, die Möglichkeit des direkten Kaufs im Rahmen der Schuletats durch Schulen - sogenannter „Direktkauf“ - begleitet durch **Informationsmaterial an Schulen** durch SchA in das schulische Bewusstsein zu rücken.

Die Umsetzung des Beschlusses wurde in der **Sitzung des Schulausschusses am 15.12.2017** vorgestellt. Die schulischen Abfrageergebnisse zum Kaufverhalten der Schulen lässt **keine verstärkten Käufe fair gehandelter Bälle** erkennen.

Die Grundaussage zu einem städtischen Rahmenvertrag für fair gehandelte Bälle blieb bestehen.

Gemäß Beschluss des Schulausschusses in der Sitzung vom 15.12.2017, TOP 6, wurde daher die Verwaltung beauftragt, für die Nürnberger Schulen kurze Beschaffungswege für den Einsatz fair gehandelter Bälle über die (neu vorgestellte) Variante „Ausweitung der zentral von der Einkaufsgemeinschaft kommunaler Verwaltungen e.G. im deutschen Städtetag (EKV eG) ausgehandelten elektronischen Kataloge“ zu ermöglichen.

Die EKV eG bot aber bis dahin bzw. bietet leider auch aktuell keine fair gehandelten Bälle in ihrem Portfolio aus dem EKV-Shop an, da es in der Vergangenheit keine entsprechende Anforderung von Seiten der Mitglieder gab.

Das Amt für Allgemeinbildende Schulen hat inzwischen (Oktober 2018) offiziell Kenntnis davon erlangt, dass die EKV eG zum Ende 2019 aufgelöst werde bzw. sich derzeit in Liquidation befinde. **Die Möglichkeit, die Beschaffungsmaßnahme über die EKV eG durchzuführen, entfällt damit.**

Rechtliche Rahmenbedingungen

Der Öffentlichkeitsauftritt der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung beim Beschaffungssamt des Bundesministeriums des Inneren klärt auf:

„Die Regelungen des Vergaberechts bilden den Rahmen der öffentlichen Beschaffung. Das Vergaberecht wurde nun mit dem 18. April 2016 in Kraft gesetzt. Dieser neue Rahmen bestimmt auch, welche Nachhaltigkeitsaspekte Sie auf welche Art und Weise in Ihre Beschaffung einfließen lassen können. [...] Damit können öffentliche Auftraggeber ihre Beschaffungen als Hebel nutzen, um bestimmte gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Diese sind unter anderem die Ziele der Nachhaltigkeit, auch als strategische Ziele bekannt.“

Agenda 2030

Drei Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit den 17 Nachhaltigkeitszielen und dem hier einschlägigen Ziel 12 „nachhaltiger Konsum und Produktion“ gilt es noch viele Anstrengungen zur Stärkung der Neuausrichtung zu nehmen.

Bieterdialog Faire Fußbälle in Berlin am 18.09.2018

Über einen wettbewerblichen Dialog können mögliche Auftraggeber mit ausgewählten Bietern einen Dialog über alle Aspekte eines zu erbringenden Auftrags führen. Am 18.09.2018 nahm der städtische Einkauf an einem solchen Bieterdialog bzgl. der Beschaffung fair gehandelter Fußbälle in Berlin teil, um sich mit anderen Akteuren (Kommunen, NGOs, Verbandsvertretern und potenziellen Bietern) auszutauschen. Bei diesem Dialog wurde zusammen mit Anbietern im Ergebnis festgehalten, **dass bei einer Ausschreibung mit definierten Abnahmemengen fair produzierte und gehandelte Fußbälle zu nahezu gleichen Konditionen wie konventionelle („nicht-faire“ Fußbälle) angeboten werden können.**

Im Bieterdialog zeigte der Erfahrungsaustausch unterschiedlicher Beteiligter (Kommunen, Landesportverband Berlin) eine **vergleichbare Qualität fairer Fußbälle zu Fußbällen aus konventioneller Herstellung.**

Gleichzeitig wurde über den städtischen Einkauf ein Wissensstand über den Anbietermarkt aufgebaut. So wurde sichtbar, dass die Firmen unterschiedliche Sortimente führen. Gleichzeitig gibt es aber auch Firmen/Lieferanten, die das Sortiment mehrerer Hersteller führen.

Auf Grund der Tatsache, dass nicht alle Produkte/Ballarten von allen Firmen in einer Ausschreibung angeboten werden können, ist es nach Auffassung der Firmen notwendig, eine Los-Architektur (mehrere Auftragspakete) in einer Ausschreibung zu verwenden, damit Wettbewerb entsteht und genügend Angebote abgegeben werden können.

Aktuelle regionale Handlungsimpulse

Die Europäische Metropolregion Nürnberg leitete mit Stand Oktober 2018 auf Grundlage der Interessenbekundungen beim Wirtschaftstag 2018 und der vergangenen Ratssitzung eine unverbindliche Abfrage zum Bedarf fair gehandelter Bälle ein, um die Möglichkeit eines Einkaufszusammenschlusses für fair gehandelte Bälle über eine Kommune zu prüfen.

Auf der 1. Fair-Trade-Werkstatt der Metropolregion wurde von Herrn Landrat Matthias Dießl vorgestellt, dass der Fürther Landkreis als Impuls für das Aktionsfeld Fairer Handel an alle Schulen im Landkreis fair gehandelte Bälle kostenfrei ausgegeben habe. Das schulische Feedback zu den erhaltenen Bällen sei positiv.

Konkretes Handlungsziel für Nürnberger Schulen

Angesichts der Entwicklungen und der bisherigen Anstrengungen der Schulverwaltung, fair gehandelte Bälle ins Bewusstsein zu rücken, wird auf Grund der lokalen Marktmacht und der Vorbildfunktion der Vorschlag unterbreitet, zunächst **in einem eigenen Verfahren** Faire Bälle zu beziehen. Konkret gemeint ist damit ein städtischer Rahmenvertrag für fair gehandelte Bälle für allgemeinbildende Schulen. Eine Einbindung der beruflichen Schulen in diesen Vertrag ist seitens des Amtes für Berufliche Schulen nicht angedacht.

Zur Unterstützung der gesamtstädtischen Ausrichtung als Fairtrade-Town empfiehlt die Verwaltung dem Schulausschuss, den verbindlichen Einsatz fair gehandelter Sportbälle im Bereich Fußball, Hallenfußbälle, Futsal-Bälle, Handbälle und Volleybälle (abschließende Aufzählung) an allgemeinbildenden Schulen für Neu- und Ersatzbeschaffungen zu beschließen.

Um den zukünftigen Neueinsatz ausschließlich fair gehandelter Bälle flankierend zu unterstützen, soll der empfehlende Beschluss auch die Aufhebung der Sichtbarkeit und damit Beziehbarkeit herkömmlich gehandelter Bälle dieser Bereiche im städtischen Online-Shop für allgemeinbildene Schulen umfassen.

Auf der Grundlage der Erkenntnis des Bieterdialoges ist beabsichtigt, die von SchA gemeldeten benötigten Ballarten und Größen, angelehnt an den tatsächlich beschafften Mengen aus dem Kalenderjahr 2017, als Rahmenvereinbarung mit einer Laufzeit von einem Jahr fest (mit Verlängerungsoption auf maximal zwei Jahre) für eine erste Erprobung auszuschreiben. Hierbei sollen für die unterschiedlichen Ballarten Lose gebildet werden, um einen höchstmöglichen Wettbewerb zu gewährleisten, da nicht alle Hersteller/Händler alle Ballarten als Faire Bälle liefern können.

Für folgende Ballarten sollen Verträge / Rahmenvereinbarungen ausgehandelt werden:

- Fußball
- Hallenfußbälle
- Futsal-Bälle (international anerkannte Variante des Hallenfußballs)
- Handbälle
- Volleybälle

Die einzelnen Verwaltungsschritte für den Abschluss dieser Verträge sehen wie folgt aus:

Absendung der elektronischen Angebotsaufforderung
Schlussstermin für Angebotseingang (14 Tage Angebotsfrist § 13 UVgO)
Nach Submission und Postlaufzeit (ca. 3 Tage) --> ca. 2 Wochen Auswertung
Genehmigungsverfahren ZD/3
Zuschlagserteilung
möglicher Liefertermin/Vertragsbeginn

Nach Rücksprache mit dem städtischen Einkauf benötigt das Vergabeverfahren ab Veröffentlichung bis zur Auslieferung ca. 8 – 10 Wochen.

Damit können die allgemeinbildenden Schulen ab Frühjahr 2019 entsprechenden Zugang zu diesen Verträgen finden.